

## Kein Handwerker darf in der Willkürkommission zum Mindestlohn mitwirken

Es ist immer das gleiche Spiel. Erst wird von der gemeinsamen Verantwortung geredet, dann werden Stellungnahmen und Gutachten geschrieben, Argumente geliefert und Hinweise gegeben und am Ende setzt die Politik doch ihre parteipolitisch motivierte Willkür durch. Jüngstes Beispiel: das Gesetz zum Mindestlohn.

Mit dem heutigen Kabinettsbeschluss hat die Bundesregierung ein neues Kapitel der Ignoranz gegenüber dem Handwerk in Deutschland aufgeschlagen. Der Staat regelt erstmals gegen jede wirtschaftliche Vernunft die Lohnzahlung in Deutschland, vorbei an bestehenden Tarifverträgen und im klaren Verstoß gegen die Vertragsfreiheit. Und als ob dieses noch nicht verwerflich genug ist, wird noch oben drauf die Regelung für die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen gleich mit geändert.

Eine so genannte Mindestlohnkommission soll zukünftig in nichtöffentlicher Sitzung, begleitet durch eine teure eigene Geschäftsstelle, per Rechtsverordnung am Bundesrat vorbei den Mindestlohn festlegen. Gleichzeitig behält sich der Gesetzgeber vor, die Mitglieder dieser Kommission notfalls auch im Alleingang zu bestimmen. Dieses Gesetz dann auch noch als Gesetz zur "Stärkung der Tarifautonomie" zu bezeichnen, ist an Dreistigkeit kaum noch zu überbieten. Das vorliegende Gesetz stellt einen Angriff auf viele einfache Arbeitsverhältnisse dar und selbst an diejenigen, die zukünftig einen höheren Bruttostundenlohn bekommen werden, hat dank kalter Progression die Bundesregierung gedacht, sie erhalten weniger Nettolohn als vorher.

Für die Vertreter des ehrbaren Handwerks in Deutschland sollte es vor allem zwei Konsequenzen geben. Erstens, nach Inkrafttreten des Gesetzes sofort die Rechtmäßigkeit gerichtlich prüfen zu lassen und zweitens sich nicht in der Mindestlohnkommission als Feigenblatt missbrauchen zu lassen.

Jeder Handwerker sollte sich besser partnerschaftlich mit seinen Mitarbeitern für die Stärkung seines Unternehmens und damit der ganzen Handwerksfamilie einsetzen, als sich in einer Willkürkommission vereinnahmen zu lassen